Beilage 4449

Antrag

Der Landtag wolle folgendem Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen:

Entwurf eines Gesetzes

zur Ergänzung des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Entschädigungsgesetz)

Art. 1

Ist ein Verfolgter nach dem Inkrafttreten des Entschädigungsgesetzes (1. April 1949) vom 12. August 1949 (GBl. S. 195), aber vor der Feststellung seines Haftentschädigungsanspruchs verstorben, so ist zugunsten der von dem Verfolgten unterhaltenen Angehörigen des Verfolgten der Haftentschädigungsanspruch nachträglich festzustellen und die festgesetzte Haftentschädigung nach Maßgabe der Haftentschädigungsverordnung den Angehörigen auszuführen.

Die näheren Bestimmungen trifft das Staatsministerium der Finanzen.

Art. 2.

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. November 1950 in Kraft.

München, den 19. Oktober 1950

Dr. Goegner

und Fraktion (SPD)

Bezold Otto (FDP) Dr. v. Brittwig (CSU)

Beilage 4450

Der Bayerische Ministerpräsident

An den

Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags

Betrifft:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes und über Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben für den öffentlichen Dienst

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats vom 12. Oktober 1950 ersuche ich um weitere verfassungsmäßige Behandlung des obenbezeichneten Entwurfs.

München, den 15. Oktober 1950

(gez.) Dr. Chard,

Bayerischer Ministerpräsident

*

Entwurf eines Gesetzes

zur Änderung des Beamtengesetzes und über Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben für den öffentlichen Dienst

Erster Teil

Änderung des Bayer. Beamtengesetzes

§ 1

Das Bayerische Beamtengesetz vom 28. Oktober 1946 wird wie folgt geändert:

1. Hinter dem Art. 7 werden folgende Art. 7a bis 7e eingefügt.

„Art. 7a

(1) Der Anstellung im öffentlichen Dienst hat die Ablegung einer Einstellungsprüfung und die Ableistung des vorgeschriebenen Vorbereitungsdienstes vorauszugehen.

(2) Das Landespersonalamt kann in Fällen, in denen an der Gewinnung bestimmter Personen für den öffentlichen Dienst ein besonderes Interesse besteht, die Ablegung der Einstellungsprüfung und die Ableistung des Vorbereitungsdienstes erlassen.

Art. 7b

(1) Wer den für seine Laufbahn vorgeschriebenen Vorbereitungsdienst ableistet, ist Beamtenanwärter.

(2) Beamtenanwärter kann nur werden, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat.

(3) Das Beamtenverhältnis wird durch die schriftliche Bekanntgabe der Zulassung zum Vorbereitungsdienst in einer bestimmten Laufbahn begründet. Der Zeitpunkt des Beginns des Anwärterverhältnisses ist in der Zulassung zu bezeichnen.

(4) Auf das Dienstverhältnis der Beamtenanwärter finden die Art. 4 und 5, Ziffern 1, 3 und 4, 6, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 25 Abs. 2 und 3, 26, 31, 32, 33, 34 und 37 entsprechende Anwendung.

Art. 7c

Die Dauer des Vorbereitungsdienstes wird vom Landespersonalamt im Einvernehmen mit dem zuständigen Staatsministerium für die einzelnen Laufbahnen gesondert geregelt, soweit sie nicht gesetzlich bestimmt ist.

Art. 7d

Das Beamtenanwärterverhältnis kann beiderseits gelöst werden. Im übrigen endet es an dem Tage, an welchem dem Beamtenanwärter das Zeugnis über die Anstellungsprüfung ausgehändigt wird. Beamtenanwärter, die die Anstellungsprüfung bestanden haben und deren Übernahme in das außerplanmäßige Beamtenverhältnis beabsichtigt ist, können auf die Dauer von drei Jahren in ihrer bisherigen Eigenschaft weiterbeschäftigt werden.

Art. 7e

(1) Als Verwaltungslehrlinge können Personen beschäftigt werden, deren Übernahme als Beamtenanwärter beabsichtigt ist, die jedoch noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben.

(2) Der Übernahme in das Lehrverhältnis hat die Ablegung einer Einstellungsprüfung vorauszu-gehen.

(3) Auf das Lehrverhältnis der Verwaltungslehrlinge finden die Bestimmungen über Beamtenanwärter entsprechende Anwendung."

2. Art. 8 erhält folgende Fassung:

"Die Beamten sind entweder Beamte auf Widerruf oder auf Lebenszeit oder Beamte auf Zeit."

3. Art. 9 des Gesetzes wird gestrichen.

4. Art. 10 erhält folgende Fassung:

"(1) Wer die Anstellungsprüfung für eine bestimmte Laufbahn mit mindestens hinreichendem Erfolg abgelegt hat und die Voraussetzungen des Art. 5 erfüllt, kann in das Beamtenverhältnis berufen werden. Er ist nach seiner Ernennung Beamter auf Widerruf, solange er noch nicht zum Beamten auf Lebenszeit ernannt ist.

(2) Das Beamtenverhältnis auf Widerruf wird begründet durch Aushändigung einer Ernennungsurkunde, in der die Worte „unter Berufung in das Beamtenverhältnis“ enthalten sind.

Der Beamte auf Widerruf, der sich in einer Planstelle befindet, ist bei Bewährung vorbehaltlich des Art. 11 nach Ablauf eines Zeitraums von nicht mehr als drei Jahren seit Einweisung in die Planstelle zum Beamten auf Lebenszeit zu ernennen."

5. Art. 11 erhält folgende Fassung:

"(1) Beamter auf Lebenszeit ist, wer eine Urkunde erhalten hat, in der die Worte „auf Lebenszeit“ enthalten sind.

(2) Die Urkunde darf nur erhalten, wer

1. Das 30. Lebensjahr vollendet hat,

2. den für das Amt vorgeschriebenen oder üblichen Vorbereitungsdienst abgeleistet und die vorgeschriebenen oder üblichen Prüfungen bestanden hat oder einschließlich des Vorbereitungsdienstes 5 Jahre im öffentlichen Dienst verwendet worden ist,

3. in eine Planstelle, die besetzt werden darf, eingewiesen ist oder wird. Die Einweisung in eine Planstelle bedarf der Schriftform.

(3) Abs. 2 Ziffern 1 und 2 letzter Halbsatz finden auf Richter keine Anwendung.

(4) Das Landespersonalamt kann auf Vorschlag der obersten Dienstbehörde von den Bestimmungen des Absatzes 2 Ziffer 2 Ausnahmen zulassen."

6. Art. 16 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Der Diensteid lautet wie folgt:

"Ich gelobe Treue der Verfassung und schwöre, daß ich die mir obliegenden Amtspflichten gewissenhaft und nach den Weisungen meiner Vorgesetzten erfüllen und daß ich innerhalb und außerhalb des Amtes die durch die Verfassung gewährleistete demokratisch-konstitutionelle Staatsordnung unterstützen werde, so wahr mir Gott helfe."

7. Art. 24 erhält folgende Fassung:

"(1) Der Beamte kann gegen dienstliche Maßnahmen, auch soweit der Verwaltungsrechtsweg nicht eröffnet ist, binnen 14 Tagen Gegenvorstellung erheben. Diese hat keine aufschiebende Wirkung. Der Behördenleiter entscheidet endgültig.

(2) Soweit der Verwaltungsrechtsweg eröffnet ist, ersetzt die Gegenvorstellung des Abs. 1 den Einspruch nach § 38 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit."

8. Art. 31 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"Der Dienstherr regelt die Arbeitszeit seiner Beamten. Für die Staatsbeamten wird die Regelung durch die Staatsregierung getroffen."

9. Art. 47 des Gesetzes erhält folgende Fassung:

"Das Landespersonalamt hat folgende Aufgaben:

1. die Überwachung der Durchführung dieses Gesetzes; das Landespersonalamt kann den Ministerpräsidenten, die zuständigen Minister und den Landtag auf einzelne oder allgemeine Mißstände hinweisen und Vorschläge zu Abstellung machen. Wenn Mißstände nicht abgestellt werden, kann der Verfassungsgerichtshof angerufen werden;

2. Mitwirkung bei Beamtenernennungen in den in den Laufbahnbestimmungen vorgesehenen Fällen;

3. Regelung und Überwachung des Ausbildungs- und Prüfungswesens;

4. Erlaß der Bestimmungen über die dienstliche Beurteilung der Beamten;

5. Aufsicht über die Beamtenschulen im Einvernehmen mit dem zuständigen Staatsministerium;

6. Ernennung der Beamtenbeisitzer für die Dienststrafgerichte;

7. die Erstattung eines jährlichen Tätigkeitsberichts an den Ministerpräsidenten;
8. die Durchführung von weiteren Aufgaben, die ihm durch Gesetz oder durch Verordnung der Staatsregierung übertragen werden."
10. Art. 50 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
 „(1) Die Staatsregierung ernimmt die leitenden Beamten der Staatsministerien und die Vorstände der den Ministerien unmittelbar nachgeordneten Behörden. Die übrigen Staatsbeamten werden durch die zuständigen Staatsministerien oder durch die von ihnen beauftragten Behörden ernannt.“
11. Art. 52 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
 „Eine Ernennung kann angefochten werden, wenn
1. bei einem nach seiner Ernennung Entmündigten die Voraussetzungen für die Entmündigung im Zeitpunkt der Ernennung vorlagen;
 2. nicht bekannt war, daß der Ernannte auf Grund des Art. 88 entlassen oder im Wege des Dienststrafverfahrens aus dem Dienst entfernt oder zu Ruhegehaltsverlust verurteilt worden war;
 3. wenn der Ernannte die für die Ernennung erforderliche Prüfung nicht abgelegt hat;
 4. wenn eine Ernennung ohne Zustimmung des Landespersonalamts vorgenommen worden ist, obwohl sie nach den Bestimmungen dieses Gesetzes oder der zu seiner Durchführung ergangenen Bestimmungen dieser Zustimmung bedürft hätte.“
12. Art. 53 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
 „In den Fällen des Art. 52 Abs. 1 und 2 muß die Anfechtung innerhalb von sechs Monaten erfolgen, nachdem die zuständige Behörde (Abs. 3) von der Ernennung und dem Anfechtungsgrund Kenntnis erhalten hat. Vor der Anfechtungserklärung ist der Beamte zu hören.“
13. Art. 53 erhält folgenden Absatz 3:
 „Die Anfechtung wird in den Fällen des Art. 52 Abs. 1 und 2 Ziffern 1 und 2 von der obersten Dienstbehörde, in den Fällen des Abs. 2 Ziffern 3 und 4 vom Landespersonalamt nach Anhörung der obersten Dienstbehörde erklärt. Die Erklärung ist dem Beamten zuzustellen.“
14. Die Art. 56 bis 63 werden gestrichen.
15. Art. 64 erhält folgende Fassung:
 „(1) Ein Beamter kann auf Antrag oder im Falle eines dienstlichen Bedürfnisses innerhalb des Dienstbereichs seiner Ernennungsbehörde von einer Stelle auf eine andere Stelle derselben Gruppe oder desselben Rangs versetzt werden. Die für bestimmte Gruppen von Beamten bestehenden Sondervorschriften bleiben unberührt.
 (2) Die Versetzung eines Beamten auf eine Stelle derselben Besoldungsgruppe im Bereich einer anderen Ernennungsbehörde kann nur mit Zustimmung der Ernennungsbehörden beider Dienstbereiche erfolgen.
- (3) Die Versetzung eines Beamten auf die Stelle einer niedrigeren Besoldungsgruppe im Dienstbereich derselben oder einer anderen Ernennungsbehörde gilt als Rückversetzung. Sie kann nur unter Einhaltung des für Entlassungen geltenden Verfahrens erfolgen.“
16. Art. 65 Abs. 2 und 3 werden gestrichen.
17. Art. 79 Abs. 3 wird gestrichen. Der bisherige Abs. 4 wird Abs. 3, der bisherige Abs. 5 wird Abs. 4.
18. Hinter Art. 86 ist einzufügen:
 „c) Begründung eines neuen Beamtenverhältnisses
 Art. 86a
 Der Beamte scheidet mit der Begründung eines neuen Beamtenverhältnisses aus dem bisherigen Beamtenverhältnis aus.
 Die Überschrift vor dem Art. 87 erhält den Buchstaben d.“
- 18a. In Art. 88 ist Abs. 2 Satz 2 zu streichen.
19. Hinter Art. 89 ist einzufügen:
 „c) Entlassung der Beamten auf Widerruf
 Art. 89a
 (1) Der Beamte auf Widerruf kann entlassen werden; nach Erreichung der Altersgrenze (Art. 92) ist er zu entlassen. Dies gilt nicht, wenn er gemäß Art. 93 Abs. 2 BGG. in den Ruhestand versetzt wird.
 (2) Die Entlassung wird mit ihrer Bekanntgabe an den Beamten wirksam, wenn nicht ein anderer Zeitpunkt bestimmt wird.
 (3) Der nach Abs. 1 Entlassene erhält für den Monat, in dem ihm die Entlassung mitgeteilt worden ist, seine vollen Dienstbezüge. Er erhält ferner als Übergangsgeld nach vollendeter einjähriger Dienstzeit das Einfache und für jedes weitere volle Dienstjahr die Hälfte, höchstens jedoch das Sechsfache der Dienstbezüge des letzten Monats. Die Dienstzeit bemißt sich nach der Zahl der im Beamtenverhältnis ohne Unterbrechung zurückgelegten vollen Jahre.
 (4) Das Übergangsgeld wird nicht gewährt
1. wenn der Beamte aus einem von ihm zu vertretenden Grund entlassen worden ist;
 2. wenn ein anderes hauptamtliches Beamtenverhältnis bestehen bleibt oder in unmittelbarem Anschluß an die Entlassung begründet wird;
 3. wenn der Beamte aus einem früheren Beamtenverhältnis Ruhegehalt bezieht.“
20. Die Überschrift vor dem Art. 90 erhält den Buchstaben d.
21. In Art. 93 Abs. 1 Satz 1 sind die Worte „auf Zeit“ zu streichen.
 Es wird folgender Abs. 2 neu eingefügt:
 „(2) Der Beamte auf Widerruf mit Dienstbezügen ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn er infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Schädigung, die er sich ohne großes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig geworden ist. Wird der Beamte auf Widerruf, ohne daß die Voraus-

setzungen des Satz 1 vorliegen, wegen Dienstunfähigkeit oder Erreichung der Altersgrenze entlassen, so kann ihm an Stelle des Übergangsgeldes (Art. 89a Abs. 3) auf Zeit oder lebenslanglich ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des gesetzlichen Ruhegehalts bewilligt werden, wenn er als Beamter auf Widerruf ohne Unterbrechung sechs Jahre in eine Planstelle eingewiesen war. Hat der Beamte das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet, so kann nur ein Unterhaltsbetrag auf Zeit bewilligt werden. Die Bewilligung auf Zeit ist widerruflich. Sie kann bei ihrem Ablauf verlängert werden. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen. Sie kann ihre Befugnis mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen auf andere Behörden übertragen."

Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3.

22. Dem Art. 99 wird folgender Abs. 4 angefügt:

"(4) Bei Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge ist § 9 Abs. 4 des Befoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 349) i. d. F. des § 2 des Zweiten Teiles dieses Gesetzes entsprechend anzuwenden."

23. Zu Art. 100:

Art. 100 Abs. 1 Satz 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

"Ruhegehaltfähig ist die im Dienst des bayerischen Staates, einer bayerischen Gemeinde, eines bayerischen Gemeindeverbandes oder einer sonstigen, der Aufsicht des bayerischen Staates unterliegenden Körperschaft des öffentlichen Rechts oder im unmittelbaren Dienst des Reichs oder des Bundes verbrachte Dienstzeit des Beamten von seiner Ernennung an einschl. der Zeit, die er sich im Wartestand befindet. Der Dienstzeit als Beamter steht die Zeit gleich, während der der Beamte als Beamtenanwärter den für seine Laufbahn vorgeschriebenen Vorbereitungsdienst abgeleistet oder die er vor seiner Ernennung im Vollzugsdienst der Polizei gestanden hat.

Unberücksichtigt bleibt jedoch die Zeit

1. einer ehrenamtlichen Tätigkeit,
2. einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge, wenn nicht die Berücksichtigung bei Erteilung, spätestens bei Beendigung eines den öffentlichen Belangen dienenden Urlaubs zugestanden worden ist,
3. vor Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres,
4. für die eine Abfindung oder ein Übergangsgeld aus öffentlichen Mitteln gewährt worden ist,
5. eine Tätigkeit als Beamter, der ohne Ruhegehaltsberechtigung nur Gehühren bezieht, soweit sie nicht nach Art. 101 Abs. 1 Ziffer 1a berücksichtigt wird."

24. Hinter Art. 100 ist folgender Art. 100a einzufügen:

"Art. 100a

Ruhegehaltfähig ist auch die Zeit, die ein Beamter vor seiner Ernennung nach Vollendung des 21. Lebensjahres

1. über die zweijährige gesetzliche Wehrpflicht hinaus im Dienst der Wehrmacht gestanden hat, falls aus Anlaß des Wehrdienstes für ihn ein Recht auf Unterbringung im öffentlichen Dienst begründet wurde,
2. im Kriegsdienst in der Wehrmacht gestanden oder sich in Kriegsgefangenschaft befunden hat, sofern eine im Anschluß an die Entlassung fortgesetzte oder aufgenommene, auf den öffentlichen Dienst gerichtete Ausbildung durch den Kriegsdienst oder die Kriegsgefangenschaft verzögert worden ist."

25. In Art. 101 Abs. 1 Satz 1 wird

a) das Wort „dreißigsten“ durch „einundzwanzigsten“ und

b) die Ziff. 2 durch folgende Fassung ersetzt:

"2. im öffentlichen Dienst eines anderen deutschen Landes oder einer der Aufsicht des Reichs oder des Bundes oder eines anderen deutschen Landes unterstellten Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eines außerdeutschen Staates oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung gestanden hat."

26. Hinter Art. 101 wird folgender Art. 101a eingefügt:

"Art. 101a

(1) Dienstzeiten, die außerhalb des Beamtenverhältnisses verbracht wurden, dürfen bei einer Dienstzeit als planmäßiger Beamter

bis zu fünf Jahren nur bis zur Dauer der planmäßigen Dienstzeit,

von mehr als fünf bis zehn Jahren nur bis zur Dauer von fünf Jahren oder, wenn dies für den Beamten günstiger ist, zu zwei Dritteln der planmäßigen Dienstzeit,

von mehr als zehn Jahren bis zur Dauer von sechs Jahren acht Monaten oder, wenn dies für den Beamten günstiger ist, zur Hälfte der planmäßigen Dienstzeit, höchstens jedoch bis zu zehn Jahren

als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden.

(2) Wird ein Beamter nach dem 31. März 1949 erstmals zum Beamten auf Lebenszeit bei einem der in Art. 101 bezeichneten Dienstherren des öffentlichen Rechts ernannt und hat er in diesem Zeitpunkt das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet, so werden die Vordienstzeiten, die nicht bei einem der in Art. 1 bezeichneten Dienstherren oder bei einer in Bayern gelegenen früheren Reichsdienststelle zurückgelegt sind, nur bis zur Höhe der bei den vorgenannten Dienstherren oder Dienststellen zurückgelegten Dienstzeiten angerechnet. Dies gilt nicht für solche Vordienstzeiten, für die ein anderer Dienstherr sich anteilmäßig an den Versorgungsbezügen beteiligt. Besteht an der Gewinnung einer Person als Beamter ein dringendes öffentliches Interesse, so kann in den Fällen des Satz 1 die oberste Dienstbehörde mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen vor oder bei der Ernennung die Anwendung des Satz 1 ausschließen."

27. In Art. 102 Satz 1 und 3 wird jeweils das Wort „achtzig“ durch „fünfundsiebzig“ ersetzt.

28. Art. 104 wird folgender Abs. 3 angefügt.

„(3) Hat ein Ruhestandsbeamter, der als Beamter auf Lebenszeit in den Ruhestand getreten ist, bei Beginn des Ruhestandes weniger als fünf Jahre im planmäßigen Dienst des bayerischen Staates, einer bayerischen Gemeinde, eines bayerischen Gemeindeverbandes oder einer sonstigen der Aufsicht des bayerischen Staates unterliegenden Körperschaft des öffentlichen Rechts oder im Dienst bei einer nach dem 8. Mai 1945 übernommenen Reichsdienststelle zurückgelegt, so erhält er Ruhegehalt nur, wenn er infolge Krankheit, Vermundung oder sonstiger Schädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig geworden ist. Auf die planmäßige Dienstzeit im Sinne des Satz 1 sind anzurechnen Zeiten

1. einer ihr unmittelbar vorangegangenen außerplanmäßigen hauptamtlichen Verwendung als Beamter mit Dienstbezügen,
2. einer ununterbrochenen hauptberuflichen Beschäftigung im privatrechtlichen Vertragsverhältnis im Dienst des letzten Dienstherrn, sofern sie zur Ernennung zum Beamten geführt hat,
3. einer vor Begründung des letzten Beamtenverhältnisses bei einem der in Abs. 1 bezeichneten Dienstherrn oder Dienststellen zurückgelegten planmäßigen Dienstzeit als Beamter,
4. für die ein anderer Dienstherr anteilmäßig die Versorgung mitträgt oder deren Anrechnung als Ruhegehaltfähige Dienstzeit gem. Art. 101a Abs. 2 zugesichert wurde.“

29. Art. 105 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Ruhegehalt beträgt für die ersten zehn Ruhegehaltfähigen Dienstjahre fünfundsiebzig vom Hundert und steigt mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahr bis zum vollendeten fünfundsiebzigsten Dienstjahr um zwei vom Hundert und von da ab um eins vom Hundert der Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zum Höchstsatz von fünfundsiebzig vom Hundert.“

30. Dem Art. 105 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Abs. 1 gilt entsprechend für den Unterhaltsbeitrag nach Art. 93 Abs. 2 Satz 2; im Falle des Art. 93 Abs. 2 Satz 3 darf er fünfundsiebzig v. H. der Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nicht übersteigen.“

31. Art. 113 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Der Witwe und den ehelichen Kindern eines Beamten, der zur Zeit seines Todes im Hinblick auf Art. 104 Abs. 3 kein Ruhegehalt hätte erhalten können, kann die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen Witwen- und Waisengeld und den Kindern eines verstorbenen weiblichen Beamten oder Ruhestandsbeamten Waisengeld gewähren.“

32. Dem Art. 114 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Das Wittwengeld darf jedoch nicht fünfundsiebzig vom Hundert der Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Besoldungsgruppe B 6 übersteigen.“

33. Hinter Art. 116 werden folgende Art. 116a und 116b eingefügt:

„Art. 116a

(1) War die Witwe mehr als fünfzehn Jahre jünger als der verstorbene Beamte, so wird das nach Maßgabe des Art. 114 und des Art. 116 Abs. 1 berechnete Wittwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschieds über 15 Jahre um ein Zwanzigstel, jedoch höchstens um zehn Zwanzigstel gekürzt. Nach 15jähriger Dauer der Ehe wird für jedes angefangene Jahr ihrer weiteren Dauer dem gekürzten Betrag ein Zwanzigstel des nach Art. 114 und des Art. 116 Abs. 1 sich berechnenden Wittwengeldes solange hinzugesetzt, bis der volle Betrag wieder erreicht ist. Das nach Satz 1 und 2 errechnete Wittwengeld darf hinter dem Mindestwittwengeld (Art. 114 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 105 Abs. 2) nicht zurückbleiben.

(2) Auf den nach Art. 115 zu berechnenden Betrag des Waisengeldes ist diese Kürzung des Wittwengeldes ohne Einfluß.

Art. 116b

Liegen die Voraussetzungen einer Kürzung sowohl nach Art. 116 als auch nach Art. 116a vor, so ist zunächst das Witwen- und Waisengeld nach Art. 116 und erst dann das Wittwengeld nach Art. 116a zu kürzen, demnächst aber der gemäß Art. 116a an dem Wittwengeld gekürzte Betrag dem nach Art. 116 gekürzten Waisengeld bis zur Erreichung des vollen Betrages zuzusetzen.“

34. Dem Art. 118 Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Kommt ein Unterhaltsbeitrag neben gesetzlichem Wittwengeld in Frage, so kann die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen das Wittwengeld nach Anhörung der Witwe um den Unterhaltsbetrag, höchstens jedoch um fünf Zehntel des Wittwengeldes kürzen. War das Wittwengeld bereits gem. Art. 116a gekürzt, so ist eine weitere Kürzung nur noch insoweit zulässig, als das nach Art. 116a gekürzte Wittwengeld fünf Zehntel des ungekürzten Wittwengeldes oder im Falle des Art. 116a Abs. 1 Satz 3 den dort bestimmten Mindestbetrag des gekürzten Wittwengeldes übersteigt.“

35. Hinter Art. 118 wird folgender Art. 118a eingefügt:

„Art. 118a

Der Witwe und den Kindern eines Beamten auf Widerruf, den gem. Art. 93 Abs. 2 Satz 2 ein Unterhaltsbeitrag bewilligt worden ist oder hätte bewilligt werden können, kann die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen die in den Artikeln 113 bis 118 vorgesehene Versorgung bis zur gesetzlichen Höhe als Unterhaltsbeitrag lebenslanglich oder auf Zeit bewilligen.“

36. In Art. 126 wird das Wort „achtzig“ durch „fünfundsiebzig“ ersetzt.

37. Art. 127 erhält folgende Fassung:

„Art. 127

(1) Die Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bemessen sich abweichend von Art. 99 Abs. 1 Nr. 1 für einen Verletzten, der

1. als Beamter auf Lebenszeit oder Zeit ein aufsteigendes Gehalt bezieht oder als Beamter auf Widerruf sich in einer Planstelle mit aufsteigendem Gehalt befindet, nach der Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe, die er bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres hätte erreichen können,
2. als Beamter auf Widerruf Diäten bezieht, nach dem Mittel aus Anfangs- und Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe, in der ein solcher Beamter nach den bestehenden Grundsätzen zuerst angestellt werden kann.

(2) Ist der Dienstunfall eines Polizeibeamten der Besoldungsgruppe A 8 c 1 bis A 8 c 5 die Folge eines tätlichen Angriffs oder eines Widerstandes oder einer sonstigen durch die Eigenart des Polizeidienstes begründeten, während der Ausübung des Dienstes gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben, so bemessen sich die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nach der Dienstaltersstufe der Besoldungsgruppe A 8 a, die der Beamte bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres hätte erreichen können, wenn er im Zeitpunkt des Dienstunfalles in die Besoldungsgruppe A 8 a befördert worden wäre. Das gleiche gilt für die Beamten der Berufsfeuerwehr, wenn der Dienstunfall durch den Einsatz zur Brandbekämpfung oder zur Beseitigung eines sonstigen Notstandes verursacht worden ist."

38. In Art. 135 Abs. 1 werden die Worte "(Art. 89)" durch die Worte "oder durch Widerruf (Art. 89, Art. 89a Abs. 1)" ersetzt.
39. In Art. 142 Abs. 4 wird das Wort "dreihundert" durch "zweihundert" ersetzt.
40. In Art. 148 Abs. 2 Satz 1 wird vor dem Wort "Waise" das Wort "ledige" eingefügt.
41. In Art. 152 Abs. 2 werden eingefügt:
in Ziff. 1 hinter "Art. 85" die Worte "93 Abs. 2 Satz 2",
in Ziff. 2 hinter "Art." die Worte "118a".
42. Hinter Art. 172 wird folgender Art. 172a eingefügt:

„Art. 172a

Bei der Anwendung von Art. 93 Abs. 2, 101, 101a Abs. 2, 113 Abs. 4, 117 Abs. 2, 118, 118a, 119, 121 Abs. 1, 136, 137 Abs. 4, 141 Abs. 1, 148 Abs. 2 bis 4, 150 Abs. 3 auf einen Beamten einer bayerischen Gemeinde, eines bayerischen Gemeindeverbandes oder einer sonstigen der Aufsicht des bayer. Staates unterliegenden Körperschaft des öffentlichen Rechts entfällt die Mitwirkung des Staatsministeriums der Finanzen."

§ 2

(1) Beamte auf Probe, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes den Vorbereitungsdienst (Art. 7 a) ableisten, werden Beamtenanwärter.

(2) Beamte auf Probe, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes die Anstellungsprüfung abgelegt haben, werden vorbehaltlich des Art. 7 d Satz 3 Beamte auf Widerruf.

(3) Beamte, die ohne entfernt worden zu sein, vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus betroffen sind (Art. 162 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BGG.), sind, wenn sie nicht durch rechtskräftige Entscheidung als Minderbelastete, Belastete oder Hauptschuldige erklärt oder als Belastete oder Hauptschuldige erachtet worden sind, mit Wirkung vom 7. November 1946 Beamte auf Lebenszeit oder auf Zeit, wenn sie nach den bis zum Inkrafttreten des Bayerischen Beamtengesetzes vom 28. Oktober 1946 geltenden Vorschriften zu Beamten auf Lebenszeit oder Zeit ernannt worden sind,

Beamte auf Widerruf, wenn sie nach den bis zum Inkrafttreten des Bayerischen Beamtengesetzes vom 28. Oktober 1946 geltenden Vorschriften Beamte auf Widerruf waren.

§ 3

(1) Sind in der Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 31. März 1947 Beamtenernennungen vorgenommen worden, ohne daß in der Ernennungsurkunde die Worte „unter Berufung in das Beamtenverhältnis“ enthalten waren, so ist die Ernennung wirksam, wenn sich aus der Verwendung einer den geltenden Bestimmungen entsprechenden Amtsbezeichnung im Zusammenhang mit dem übrigen Inhalt der Urkunde ergibt, daß der Ernannte in das Beamtenverhältnis berufen werden sollte.

(2) Sind in der Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und 31. März 1947 Beamtenernennungen vorgenommen worden, ohne daß in der Ernennungsurkunde die Worte „auf Lebenszeit“ enthalten waren, so gilt im Falle des Todes des Beamten der Beamte als auf Lebenszeit ernannt, wenn sich aus dem Inhalt der Urkunde z. B. durch Verwendung der Worte „unwiderprüflich“ oder „ständig“ unzweideutig ergibt, daß der Beamte in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen werden sollte.

§ 4

(1) Von den Vorschriften dieses Teils dieses Gesetzes treten in Kraft:

- a) Art. 100 Abs. 1 Satz 2, 127 Abs. 2 und 172 a des Bayerischen Beamtengesetzes in der Fassung dieses Teils dieses Gesetzes am 7. November 1946
- b) Art. 11 Abs. 2 Ziffer 1 und Art. 93 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Beamtengesetzes in der Fassung dieses Teiles, ferner die Bestimmungen des § 1 Ziffern 22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 32, 33, 34, 36, 37, 39 und 40, soweit sie nicht bereits am 7. November 1946 in Kraft getreten sind, am 1. September 1948
- c) die Bestimmungen des § 1 Ziffern 28 und 31 am 1. April 1949
- d) die übrigen Bestimmungen am

Gleichzeitig tritt die Zweite Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 9. März 1949 (GWB. S. 61) außer Kraft.

(2) Die versorgungsrechtlichen Verhältnisse von früheren Beamten und ihren Hinterbliebenen, bei denen der Versorgungsfall vor dem in Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt eingetreten ist, regeln sich unbeschadet der

Vorschriften im zweiten Teil dieses Gesetzes nach dem jeweils vor diesem Zeitpunkt bestehenden Rechts.

(3) Überzahlungen von Bezügen, die durch die rückwirkende Anwendung von Vorschriften dieses Teils für die Zeit vor der Verkündung dieses Gesetzes eingetreten sind, werden nicht zurückgefordert.

Zweiter Teil

Senkung der Ausgaben für den öffentlichen Dienst

I. Abschnitt

Besoldungsrecht

§ 5

Der Wohnungsgeldzuschuß für verheiratete, verwitwete oder geschiedene Beamte und Angestellte mit fünf oder mehr kinderzuschlagsfähigen Kindern bemißt sich nach der Aufstellung unter Buchstabe b der Anlage 4 des Besoldungsgesetzes.

§ 6

(1) § 9 des Besoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 (RGBl. I S. 349) ist mit folgendem Absatz 4 anzumenden:

„(4) Verheiratete weibliche Beamte erhalten den Wohnungsgeldzuschuß zur Hälfte. Sie erhalten keinen Wohnungsgeldzuschuß, wenn der Ehemann Beamter oder Angestellter des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder einer anderen Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts ist. Verheirateten weiblichen Beamten, die zur ehelichen Gemeinschaft nicht verpflichtet sind oder die genötigt sind, für den Unterhalt der Familie ganz oder überwiegend zu sorgen, kann der volle Wohnungsgeldzuschuß bewilligt werden.“

(2) Abs. 1 gilt für die verheirateten weiblichen Angestellten entsprechend.

§ 7

Soweit bisher auf Grund Verbots der Militärregierung Bezüge nicht gezahlt worden sind, werden Nachzahlungen für die Zeit vor dem 1. November 1949 nicht geleistet.

§ 8

Das Staatsministerium der Finanzen ist ermächtigt, je nach der Rassenlage die planmäßige Auszahlung der Besoldungen der Beamten, der Versorgungsbezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen und der Bezüge der Angestellten für kürzere als nach den geltenden Vorschriften bestimmten Zeiträume anzuordnen.

II. Abschnitt

Pensionskürzung

§ 9

(1) Die Kürzungen nach Maßgabe der Ersten Gehaltskürzungsverordnung (Kapitel II des Zweiten Teils der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung

von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 — RGBl. I S. 522 — in der Fassung der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 — RGBl. I S. 537 —) und der Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern über die Gehaltskürzung und die Ausgleichsabgabe vom 31. Dezember 1930 (GBl. S. 411) werden bis zum Ablauf des Monats September 1949 wieder in Kraft gesetzt für

1. die Versorgungsbezüge der Ruhegehalt- und Wartgeldempfänger einschließlich des Sterbegeldes,
 2. die Versorgungsbezüge der Beamtenhinterbliebenen.
- Als Versorgungsbezüge gelten auch die versorgungsähnlichen Bezüge (Unterhaltsbeiträge usw.).

(2) Die Vorschriften des Abs. 1 gelten für die Beamten und Beamtenhinterbliebenen des Reichs und des bayerischen Staates, deren Versorgungsbezüge aus Besoldungsklassen des bayerischen Staates gezahlt werden, der bayerischen Gemeinden, Gemeindeverbände und der der Aufsicht des bayerischen Staates unterliegenden sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts.

(3) Die Vorschriften der Abs. 1 und 2 gelten entsprechend für die laufenden Bezüge, die ehemaligen Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst und ihren Hinterbliebenen mit Rücksicht auf das frühere Dienstverhältnis außerhalb der reichsgesetzlichen Sozialversicherung gewährt werden (Ruhehohn, laufende Unterstützungen usw.).

§ 10

Das Staatsministerium der Finanzen erläßt die zur Ausführung des § 9 erforderlichen Vorschriften. In Zweifelsfällen entscheidet es insbesondere auch darüber, welche Bezüge der Kürzung unterliegen. Es kann versorgungsähnliche Bezüge, die mit Rücksicht auf frühere Versorgungsbezüge in gekürztem Maß gezahlt werden, von der Anwendung des § 9 ausnehmen oder ihre Kürzung abweichend von § 9 regeln.

III. Abschnitt

Beamtenrecht

§ 11

Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte, deren Planstelle entbehrlich ist und die in einer anderen ihrem bisherigen Amte gleichwertigen Stelle nicht untergebracht werden können, bis zum Ablauf des 31. März 1949 in den Ruhestand versetzt werden. Mit dem Beginn des Ruhestandes fällt die Planstelle weg.

§ 12

Die Vorschriften in Art. 99 Abs. 4, Art. 105 Abs. 1 über den Höchstruhegehaltssatz von 75 v. H., Art. 114 Abs. 1 Satz 2, Art. 116 a und 116 b, Art. 118 Abs. 1 Satz 3 und 4, 126 Abs. 2 des Bayerischen Beamtengesetzes in der Fassung des Ersten Teils dieses Gesetzes finden vom 1. September 1948 an auch auf bereits erworbene Versorgungsansprüche Anwendung.

§ 13

Ruhegehälter werden, soweit sie 75 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge eines Beamten der Besoldungsgruppe B 4 übersteigen, vom 8. Mai 1945 an nicht mehr gezahlt.

§ 14

Witwenabfindung gemäß § 98 a des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. Januar 1937 (RGBl. I S. 39) in der Fassung des Gesetzes vom 20. Dezember 1940 (RGBl. I S. 1645) und Versorgungsbezüge gemäß § 27 a des Einzelfürsorge- und Versorgungsgesetzes vom 6. Juli 1939 (RGBl. I S. 1217) in der Fassung der Gesetze vom 20. August 1940 (RGBl. I S. 1166) und vom 7. Mai 1942 (RGBl. I S. 286), die auf einem vor dem 7. November 1946 eingetretenen Versorgungsfall beruhen, werden vom 7. November 1946 an nicht mehr gezahlt.

Versorgungsbezüge, die gemäß § 27 a des Einzelfürsorge- und Versorgungsgesetzes festgesetzt waren, sind mit Wirkung vom 7. November 1946 nach Maßgabe der beim Eintritt des Versorgungsfalls geltenden allgemeinen versorgungsrechtlichen Bestimmungen neu festzusetzen.

§ 15

Ist ein Beamter gemäß § 2 der Verordnung über die Ernennung und Beförderung der Beamten während des Krieges vom 23. September 1942 (RGBl. I S. 563) nach seinem Tod noch befördert worden, so werden die Versorgungsbezüge nur auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus dem Amt gewährt, das der Beamte vor der Beförderung bekleidet hat.

§ 16

Versorgungsbezüge, die auf Grund des § 4 Abs. 3 der Zweiten Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts vom 3. Mai 1940 in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 1942 (RGBl. I S. 580) abweichend von den Vorschriften in § 80 Abs. 2 und § 88 Abs. 2 des Deutschen Beamtengesetzes festgesetzt worden sind, werden nach Maßgabe der Bestimmungen in § 80 Abs. 2 und § 88 Abs. 2 des Deutschen Beamtengesetzes gewährt.

§ 17

Versorgungsbezüge oder versorgungsähnliche Bezüge, die Hinterbliebenen von im Wehrdienst verstorbenen und gefallenem Angehörigen des öffentlichen Dienstes auf Grund einer nachträglichen Eheschließung gezahlt oder bewilligt worden sind, werden nicht mehr gewährt.

§ 18

(1) Bei Polizeioffizieren und ihren Hinterbliebenen dürfen die der Berechnung der Versorgungsbezüge zu Grunde zu legenden ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bei Eintritt des Versorgungsfalls vor Vollendung des 30. Lebensjahres die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge eines Hauptmanns,
des 35. Lebensjahres die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge eines Majors und
des 40. Lebensjahres die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge eines Oberstleutnants,

in sonstigen Fällen die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge eines Generalmajors nicht übersteigen.

(2) Abs. (1) tritt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über beamtenrechtliche Maßnahmen aus Anlaß von Begünstigungen wegen der Verbindung mit dem Nationalsozialismus und aus Anlaß eines Übermaßes von Beförderungen vom (RGBl. I S.) außer Kraft.

§ 19

Nachzahlungen von Versorgungsbezügen, deren Zahlung mit Rücksicht auf eine politische Belastung verboten war, werden für Zeitabschnitte, für welche die Zahlung vor dem 21. Juni 1948 zu erfolgen hatte, nicht geleistet.

§ 20

Bezieht ein Ruhegehaltsempfänger neben seinem Ruhegehalt Einkünfte der in § 2 Abs. 3 Ziffer 1 bis 4 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Art, die nicht unter die sonst geltenden Ruhevorschriften fallen (Umrechnungseinkommen), so wird sein Ruhegehalt — gegebenenfalls das nach den sonst geltenden Ruhevorschriften gekürzte Ruhegehalt — nach den Vorschriften der §§ 22 bis 26 gekürzt.

§ 21

(1) Ruhegehaltsempfänger im Sinne dieses Abschnittes sind ehemalige Beamte des Reichs und des bayerischen Staates, deren Versorgungsbezüge aus Besoldungsklassen des bayerischen Staates gezahlt werden, der Gemeinden, Gemeindeverbände und der der Aufsicht des bayerischen Staates unterstehenden sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts.

(2) Im Sinne dieses Abschnittes gelten:

- a) als Staatsbeamte auch die Landespolizeibeamten im Sinne des Landespolizeibeamtengesetzes vom 26. August 1922 (RGBl. I S. 427),
- b) als Ruhegehaltsempfänger auch die Wartestandsbeamten, die Beamten, die unter Belassung des vollen Gehalts vom Amt enthoben oder von ihren amtlichen Verpflichtungen entbunden sind, sowie die mit Dienstzeitrenten versorgten Polizeibeamten, die nicht wiedergewählten Wahlbeamten von Gemeinden und von sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, auch wenn sie an Stelle eines Ruhegehalts eine Rente beziehen, ferner Personen, die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften oder statutarischer Bestimmungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften für nicht im Beamtenverhältnis beschäftigte Arbeitnehmer eine ruhegehaltähnliche Versorgung beziehen, sowie die Empfänger jeder sonstigen ruhegehaltähnlichen Versorgung, die Empfänger von Zuwendungen auf Grund des Gesetzes über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten vom 3. Mai 1948 nur, soweit die Zuwendung ohne Rücksicht auf das Vorliegen von Bedürftigkeit gewährt wird,
- c) als Ruhegehalt auch das Wartegeld und die sonstigen Versorgungs- und versorgungsähnlichen Bezüge der unter Buchst. b) genannten Personen.

§ 22

Das Unrechnungseinkommen bleibt bis zur Höhe von 2400 DM jährlich für eine Kürzung des Ruhegehalts außer Betracht (kürzungsfreies Unrechnungseinkommen). An die Stelle dieses Betrages tritt, wenn es für den Bezugsberechtigten günstiger ist, der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ruhegehalt und dem seiner Berechnung zu Grunde liegenden Dienstseinkommen.

§ 23

Das Ruhegehalt wird um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Unrechnungseinkommen (§ 20) das kürzungsfreie Unrechnungseinkommen (§ 22) übersteigt. Eine Kürzung tritt aber nur insoweit ein, als Ruhegehalt und Unrechnungseinkommen zusammen den Betrag von 4200 DM im Jahre übersteigen.

§ 24

Zu den Beträgen von 2400 DM (§ 22) und 4200 DM (§ 23) treten für jedes Kind, für das dem Ruhegehaltsempfänger ein Kinderzuschlag gewährt wird oder nach Besoldungsrecht zu gewähren wäre, 240 DM.

§ 25

Hat der Ruhegehaltsempfänger das fünfundsiebzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so werden die Versorgungsbezüge bis zum Ende des Monats, in dem der Ruhegehaltsempfänger das fünfundsiebzehnte Lebensjahr vollendet, statt nach den Vorschriften der §§ 22 bis 24 um den Betrag gekürzt, um den das Unrechnungseinkommen den Unterschiedsbetrag zwischen dem für denselben Zeitraum bemessenen Ruhegehalt und dem seiner Berechnung zu Grunde liegenden Dienstseinkommen übersteigt. Hat der Ruhegehaltsempfänger ein aufsteigendes Gehalt bezogen, so werden die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nach der Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe bemessen, die er bis zur Vollendung des fünfundsiebzehnten Lebensjahres hätte erreichen können. Die Kürzung gemäß Satz 1 unterbleibt, wenn das Unrechnungseinkommen 1200 DM jährlich zusätzlich eines Betrages von 240 DM für jedes Kind, für das dem Ruhegehaltsempfänger ein Kinderzuschlag gewährt wird oder zu gewähren wäre, nicht erreicht.

§ 26

(1) Für die Höhe des Unrechnungseinkommens ist der Steuerbescheid des laufenden Jahres mit dem Betrag maßgebend, mit dem die einzelnen Teile des Unrechnungseinkommens bei der Besteuerung eingeseht worden sind. Solange der Bescheid nicht ergangen ist, wird der Regelung unbeschadet des Nachweises, daß das Unrechnungseinkommen sich seitdem verändert hat, der vorjährige Steuerbescheid zu Grunde gelegt. Soweit das Unrechnungseinkommen zur Besteuerung noch nicht herangezogen ist, sind zunächst die Angaben des Bezugsberechtigten der Regelung seines Ruhegehalts zu Grunde zu legen.

(2) Die Steuerbehörde hat der zuständigen Regelungsbehörde auf deren Verlangen Auskunft über die Höhe des Unrechnungseinkommens zu geben.

(3) Das Nähere zu Abs. 1 und 2 regeln die Ausführungsbestimmungen.

§ 27

Kinderzuschläge bleiben bei allen Regelungen nach diesem Abschnitt außer Betracht.

§ 28

(1) Ruhegehalt ist wieder zu gewähren, wenn und soweit die Voraussetzungen für die Kürzung wegfallen.

(2) Die Kürzung oder Wiedergewährung des Ruhegehalts tritt mit dem Tage ein, an dem die Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Jeder Monat wird hierbei mit 30 Tagen berechnet.

(3) Zuviel gezahlte Beträge, die nach diesem Abschnitt hätten gekürzt werden müssen, können zurückgefordert werden, auch soweit eine Bereicherung nicht mehr vorliegt.

(4) Änderungen des Unrechnungseinkommens von weniger als 40 DM monatlich gegenüber dem Stand der letzten Regelung bleiben außer Betracht.

(5) Das Nähere zu Abs. 2 und 3 regeln die Ausführungsbestimmungen.

§ 29

(1) Jeder Ruhegehaltsempfänger, der ein Unrechnungseinkommen (§ 20) bezieht, ist nach Maßgabe der Ausführungsbestimmungen verpflichtet, innerhalb eines Monats der das Ruhegehalt regelnden Behörde oder der das Ruhegehalt zahlenden Kasse den Bezug eines solchen Einkommens sowie spätere Erhöhungen dieses Einkommens anzuzeigen.

(2) Abs. (1) gilt entsprechend für den Arbeitgeber, der einen Ruhegehaltsempfänger mit einem 1200 DM im Jahr übersteigenden Lohn oder Gehalt beschäftigt.

§ 30

(1) Kommt ein Ruhegehaltsempfänger der im § 29 bestimmten Verpflichtung vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht nach oder gibt er sein Einkommen vorsätzlich oder grob fahrlässig zu niedrig an, so kann er seines Ruhegehalts ganz oder teilweise auf Zeit oder dauernd für verlustig erklärt werden.

(2) Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann das Ruhegehalt ganz oder teilweise wieder zuerkannt werden.

(3) Kommt ein Arbeitgeber der im § 29 bestimmten Verpflichtung vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht nach oder gibt er das Arbeitseinkommen des Ruhegehaltsempfängers vorsätzlich oder grob fahrlässig zu niedrig an, so haftet er dem Träger der Versorgungslast für den daraus entstehenden Schaden.

(4) Zuständig für die Entscheidungen nach Abs. 1 und Abs. 2 ist bei Reichs- und Staatsbeamten und ihren Hinterbliebenen das Staatsministerium der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Staatsministerien, bei den Beamten der Gemeinden, Bezirke, Kreise und der sonstigen der Aufsicht des bayerischen Staates unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechtes die oberste Staatsaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

§ 31

Die Anzeige nach § 29 ist erstmalig innerhalb eines Monats nach der Verkündung der Ausführungsbestimmungen zu erstatten.

IV. Abschnitt

Schlußbestimmungen

§ 32

(1) Die Vorschriften dieses Teils gelten für die Beamten und früheren Beamten nebst ihren Hinterbliebenen, deren Bezüge aus Besoldungsklassen des bayerischen Staates, der bayerischen Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen der Aufsicht des bayerischen Staates unterliegenden Körperschaften, Anstalten, Vereinen und Stiftungen des öffentlichen Rechts, sowie der Verbände von Körperschaften des öffentlichen Rechts gezahlt werden. Den Beamten stehen Reichsminister und die ihnen gleichgestellten Personen gleich.

(2) Die Vorschriften dieses Teils gelten entsprechend für laufende Bezüge, die nicht im Beamtenverhältnis beschäftigten Arbeitnehmern der in Abs. 1 genannten Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie der Unternehmungen, deren Gesellschaftskapital sich mit mehr als der Hälfte in öffentlicher Hand befindet, mit Rücksicht auf das Dienstverhältnis auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen außerhalb der Sozialversicherung oder auf Grund Einzelanstellungsvertrags nach den für bayerische Beamte geltenden Vorschriften gewährt werden.

(3) Die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften gelten nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinne der Abs. 1 und 2.

§ 33

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Teil werden von dem Staatsministerium der Finanzen erlassen.

§ 34

(1) Die Vorschriften dieses Teils treten am 1. September 1948 in Kraft.

(2) Überzahlungen von Bezügen, die durch die rückwirkende Anwendung der Vorschriften dieses Teils für die Zeit vor der Verkündung dieses Gesetzes eingetreten sind, werden nicht zurückgefordert.

Begründung

Zu Teil I des Entwurfs

Zu § 1 Ziffer 1

Das geltende Beamtenengesetz unterscheidet zwischen dem Beamtenverhältnis auf Probe, dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit und dem Beamtenverhältnis auf Zeit. Das Beamtenverhältnis auf Probe ist neu; es wurde als Ersatz für das Beamtenverhältnis auf Widerruf, das 1946 bei den Verhandlungen über die Schaffung eines neuen Beamtengesetzes von der Militärregierung entschieden abgelehnt worden ist, in das Beamtengesetz aufgenommen. In der Praxis hat der neue Begriff zu Schwierigkeiten geführt: Beamter auf Probe ist nicht nur der Beamte, der nach Ablegung der Anstellungsprüfung (Assistenten- oder Inspektorenprüfung, Zweite Staatsprüfung) zum außerplanmäßigen Beamten ernannt worden ist, sondern auch

der Beamte im Vorbereitungsdienst (also u. a. auch der Referendar). In dieser Ausweitung ist der Begriff des Beamten auf Probe nicht brauchbar: Es ist schon begrifflich nicht möglich, den Referendar als Beamten auf Probe anzusehen. Hierzu kommt, daß ein nicht erheblicher Teil der Beamten auf Probe — z. B. wieder der Referendar — gar nicht daran denkt, die Beamtenlaufbahn einzuschlagen. Die größte Schwierigkeit ergibt sich aber daraus, daß das Beamtenverhältnis auf Probe ganz allgemein nur unter den Voraussetzungen des Art. 63 Abs. 3 WVG. gelöst werden kann. Nach dieser Bestimmung kann der Beamte auf Probe innerhalb der ersten sechs Monate jederzeit entlassen werden, wenn er offenbar unfähig und unwillig ist, seine Pflichten als Beamter zu erfüllen. Das Staatsministerium der Finanzen und ihm folgend das Landespersonalamt hatten angenommen, daß er nach dieser Schutzfrist gleich dem Beamten auf Widerruf jederzeit entlassen werden könne. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof ist dieser Auffassung nicht gefolgt, er hat vielmehr entschieden, daß der Beamte auf Probe nach den ersten sechs Monaten nur dann entlassen werden kann, wenn er die Probe im eigentlichen Sinne nicht besteht. Das kann zur Folge haben, daß der Referendar, der die Zweite Staatsprüfung mit hinreichendem Erfolg (Note 5) bestanden hat, in den Staatsdienst zu übernehmen ist, auch wenn ein Bedarf für seine Einstellung nicht besteht. Diese Auffassung wird in zwei Anfechtungsklagen vor dem Verwaltungsgerichtshof verfochten.

Es besteht ein dringendes Bedürfnis für alle Verwaltungen, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Notwendig ist vor allem, daß zwischen dem Vorbereitungsdienst und dem außerplanmäßigen Beamtenverhältnis streng unterschieden wird. Die Personen, die den Vorbereitungsdienst ableisten, sind in der Regel Personen in jüngerem Alter. Soweit sie das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können sie schon nach dem Beamtengesetz nicht Beamte sein (Art. 5 Ziffer 2 WVG.). Es erscheint ganz allgemein erforderlich, ihnen die Beamteneigenschaft nicht zuzuerkennen. Nach dem Entwurf — Art. 7 b — sind die Beamtenanwärter, also wie früher, keine Beamten. Ihr Dienstverhältnis wird nicht durch Aushändigung einer förmlichen Urkunde, sondern durch die schriftliche Bekanntgabe der Zulassung zum Vorbereitungsdienst in einer bestimmten Laufbahn begründet. Da die Beamtenanwärter sich bereits im öffentlichen Dienst befinden, sollen aber auf sie bestimmte Vorschriften, die von allgemeiner Bedeutung sind, Anwendung finden. Das Anwärterverhältnis ist ein loses Verhältnis und kann beiderseits gelöst werden. Es endet auf alle Fälle an dem Tage, an welchem dem Beamtenanwärter das Zeugnis über die Anstellungsprüfung ausgehändigt wird. Die Verwaltungen gewinnen in diesem Zeitpunkt grundsätzlich die Freiheit darüber zu entscheiden, ob sie den aus dem Anwärterverhältnis ausgeschiedenen Beamtenanwärter in das Beamtenverhältnis übernehmen wollen oder nicht. Beamtenanwärter, die die Prüfung bestanden haben und deren Übernahme in das außerplanmäßige Beamtenverhältnis beabsichtigt ist, können auf die Dauer von drei Jahren in ihrer bisherigen Eigenschaft weiterbeschäftigt werden.

Verschiedene Verwaltungen — namentlich die Kommunalverwaltungen — beschäftigen Lehrlinge. Das Dienstverhältnis der Lehrlinge erscheint notwendig, weil

Beamtenanwärter nur werden kann, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat und weil es vielfach als zweckmäßig erscheint, schon jüngere Personen einzustellen. Der Entwurf beschränkt sich darauf, über das Lehrlingsverhältnis, das bis jetzt gesetzlich nicht geregelt war, einige allgemeine Grundsätze aufzustellen.

Zu § 1 Ziffer 2

Der Begriff des Beamtenverhältnisses auf Probe in der Ausweitung, die er im Beamtengesetz 1946 erfahren hat, hat sich nicht bewährt. Es ist schlechterdings unmöglich, einen Universitätsprofessor, der zunächst noch nicht in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen werden kann, als Beamten auf Probe zu bezeichnen. Auch andere Ungereimtheiten haben sich ergeben. Es erschien deshalb zweckmäßig, wieder das Beamtenverhältnis auf Widerruf herzustellen. Dies erschien um so zweckmäßiger, als auch das Bundesbeamtengesetz und die meisten Länder-Beamtengesetze am Beamtenverhältnis auf Widerruf festgehalten haben. Nach dem Entwurf sind die Beamten entweder Beamte auf Widerruf oder auf Lebenszeit oder Beamte auf Zeit. Die Bestimmung des bisherigen Art. 8 Abs. 2 ist gegenstandslos geworden.

Zu § 1 Ziffer 3

Die Bestimmung des Art. 9 wird durch die Bestimmungen des § 1 Ziffern 1 und 4 gegenstandslos.

Zu § 1 Ziffer 4

Wer — nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes — die Anstellungsprüfung für eine bestimmte Laufbahn mit mindestens hinreichendem Erfolg — d. h. mit mindestens Note 5 — abgelegt hat und die Voraussetzungen des Art. 5 erfüllt, kann — ein Rechtsanspruch besteht nicht — in das Beamtenverhältnis berufen werden, wenn er nicht, was möglich ist, im Anwärterverhältnis belassen wird. Wird er in das Beamtenverhältnis berufen, so ist er Beamter auf Widerruf. Er bleibt Beamter auf Widerruf, bis er in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen wird.

§ 1 Ziffer 4 enthält in Abs. 2 eine Schutzfrist zugunsten der Gruppe von Widerrufsbeamten, die bereits in eine Planstelle eingewiesen sind; sie müssen nach Ablauf eines Zeitraums von nicht mehr als drei Jahren seit Einweisung in die Planstelle zu Beamten auf Lebenszeit ernannt werden; Voraussetzung ist aber für alle Fälle, daß sie das 30. Lebensjahr vollendet haben.

Zu § 1 Ziffer 5

§ 1 Ziffer 5 enthält die Bestimmungen über die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. Abs. 1 entspricht dem geltenden Recht. Abs. 2 gibt den § 28 Abs. 2 BGG. 1937 wieder; nur wird in Ziffer 1 statt der Vollendung des 27. Lebensjahres in Anlehnung an die Bestimmungen des Bayerischen Beamtengesetzes 1908 die Vollendung des 30. Lebensjahres — wie in § 12 der Ersten Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 17. August 1948 vorgesehen — verlangt.

Zu § 1 Ziffer 6

Der Eid, den die Beamten — und Angestellten — in der Fassung des Art. 16 Abs. 2 des Gesetzes abzulegen haben, enthält nur den Diensteid. Gemäß Art. 187 der Verfassung sind alle Beamten und Angestellten auch auf die Verfassung zu vereidigen. Der bayerische Ministerpräsident hat mit Entschliebung vom 6. Februar 1947 angeordnet, daß der Eid in der Fassung des Entwurfs abzulegen ist. Diese Formel wird bereits seit anfangs Februar 1947 verwendet. Der Entwurf paßt hiernach lediglich das Gesetz der tatsächlichen Übung an.

Zu § 1 Ziffer 7

Die Bestimmungen des Art. 24 BGG. tragen den Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit, das nach dem Beamtengesetz erschienen ist, nicht Rechnung. Es haben sich bei der Auslegung des Art. 24 BGG. Schwierigkeiten ergeben.

In grundsätzlicher Hinsicht ist festzustellen, daß dem Beamten das Recht, die Verwaltungsgerichte anzurufen, wenn er behauptet, durch einen Verwaltungsakt — z. B. durch eine Ernennung oder Versetzung — in seinen Rechten verletzt worden zu sein, nach allgemeinen Grundsätzen (§ 35 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit) offensteht. Es gibt aber eine Reihe von innerdienstlichen Anweisungen — z. B. Zuteilung eines bestimmten Arbeitsgebietes —, die nicht als Verwaltungsakte angesehen werden können. Art. 24 Abs. 1 sieht vor, daß der Beamte gegen innerdienstliche Maßnahmen, gegen die der Verwaltungsgerichtsweg nicht eröffnet ist, weil sie keine Verwaltungsakte im Sinne des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit sind, Gegenvorstellung erheben kann. Soweit der Verwaltungsrechtsweg eröffnet ist, gelten die Grundsätze des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit mit dem Abmaß, daß die Gegenvorstellung den Einspruch nach § 38 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit ersetzt. Es tritt also in den Fällen, in denen eine vorgesezte Dienststelle vorhanden ist, an die Stelle des Einspruchs die Gegenvorstellung an die vorgesezte Dienststelle. Entscheidet auch die vorgesezte Dienststelle gegen den Beamten, so ist — unter Einsparung des Einspruchsverfahrens — unmittelbar die Lage an die Verwaltungsgerichte gegeben. Ist eine vorgesezte Dienststelle nicht vorhanden, — erläßt also das zuständige Staatsministerium die beschwerende Maßnahme —, so hat das Einspruchsverfahren Platz zu greifen.

Zu § 1 Ziffer 8

Das Beamtengesetz 1946 gilt für alle Beamten des Staates, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des bayerischen Staates unterliegenden Körperschaften des öffentlichen Rechts. In Ermangelung einer besonderen Bestimmung gilt deshalb die von der Staatsregierung gem. Art. 31 Abs. 1 BGG. hinsichtlich der Arbeitszeit getroffene Regelung auch für die Beamten der Gemeinden, Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des bayerischen Staates unterliegenden Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Ganz abgesehen davon, daß, wie es scheint, schon bisher einzelne Gemeinden abweichende Regelungen über die Arbeitszeit getroffen haben, ist es mit dem

Grundsatz des Selbstverwaltungsrechts kaum vereinbar, wenn die Gemeinden usw. an die staatliche Arbeitszeitregelung gebunden sind. Der Entwurf sieht deshalb vor, daß jeder Dienstherr die Arbeitszeit für seine Beamten selbst regelt.

Zu § 1 Ziffer 9

In den Ziffern 2, 3 und 4 des Art. 47 des geltenden Beamtengesetzes werden dem Landespersonalamt Zuständigkeiten zugewiesen, die vom Landespersonalamt nach Verfassungsrecht nicht wahrgenommen werden können (Nachprüfung der Gehälter der Beamten — Art. 47 Ziffer 2) oder bisher nicht wahrgenommen worden sind, weil ihre Wahrnehmung eine völlig überflüssige Verwaltungsarbeit zur Folge hätte. Es ist erforderlich, diese Bestimmungen aus dem Gesetz zu entfernen.

Zu § 1 Ziffer 10

Die Ziffer 10 des § 1 des Entwurfs paßt Art. 50 Abs. 1 BGG. der Regelung der Verfassung an.

Zu § 1 Ziffer 11

Von den Verwaltungen, insbesondere von den Gemeinden und Gemeindeverbänden werden häufig Ernennungen vorgenommen, die den bestehenden Gesetzen widersprechen. Nach dem geltenden Recht ist es, da Art. 52 BGG. die Fälle, in denen Ernennungen angefochten werden können, erschöpfend auführt, nicht möglich, solche Ernennungen, wenn die Ernennungsurkunde ausgehändigt ist, im Wege der Anfechtung zu beseitigen. Ziffer 11 des § 1 des Entwurfs will die Möglichkeit schaffen, eine Ernennung im Wege der Anfechtung rückgängig zu machen, wenn 1. der Ernannte die für die Ernennung erforderliche Prüfung nicht abgelegt hat oder 2. die Ernennung ohne Zustimmung des Landespersonalamts vorgenommen worden ist, obwohl sie nach den Bestimmungen des Beamtengesetzes oder der zu seiner Durchführung ergangenen Bestimmungen der Zustimmung des Landespersonalamts bedurft hätte. Art. 52 Abs. 2 BGG. soll in diesem Sinne durch Einfügung der Ziffern 3 und 4 ergänzt werden. Das Anfechtungsrecht soll in diesen Fällen dem Landespersonalamt zustehen (Ziffer 13 des Entwurfs).

Zu § 1 Ziffern 12 und 13

Die Ziffern 12 und 13 bringen redaktionelle Änderungen.

Zu § 1 Ziffer 14

Die Art. 56 bis 62 BGG. enthalten Vorschriften über die Besetzung offener Stellen; sie sehen außerdem die Führung verschiedener Listen vor. Die Vorschriften bedeuten eine unmögliche Einengung der Personalführung aller Staatsministerien; ihre Durchführung hätte überdies zur Folge, daß das Landespersonalamt zu einer Mammutbehörde ausgebaut werden müßte. Das kann nicht gemollt sein. Die Vorschriften sind denn auch bis jetzt nicht durchgeführt worden. Ihre Streichung ist deshalb geboten.

Zu § 1 Ziffer 15

Die Ziffer 15 vereinfacht die Grundsätze über die Versetzung von Beamten.

Zu § 1 Ziffer 16

Art. 65 Abs. 2 BGG. enthält einen selbstverständlichen Grundsatz; er wird deshalb im Interesse der Vereinfachung des Gesetzes zu streichen sein. Dasselbe gilt für die Bestimmung des Art. 65 Abs. 3 BGG.

Zu § 1 Ziffer 17

Gemäß Art. 79 Abs. 3 BGG. dürfen Dienstbezüge nur ausbezahlt werden, wenn die Gehaltsanweisung die Bestätigung des Landespersonalamts oder einer von ihm ermächtigten Stelle trägt, daß der Beamte im Einklang mit den Bestimmungen des Beamtengesetzes und den hiezu erlassenen Ausführungsbestimmungen ernannt wurde. Die Bestimmung bedeutet eine sachlich nicht gerechtfertigte Einengung der Personalführung der Staatsministerien; sie würde außerdem bedeuten, daß jede Ernennung der Kontrolle des Landespersonalamts unterliegen würde. Die Bestimmung, die bis jetzt nicht vollzogen wurde, ist deshalb mit Recht von allen Staatsministerien abgelehnt worden. Ihre Streichung ist geboten.

Zu § 1 Ziffer 18

Bei der Durchführung des Beamtengesetzes hat sich wiederholt die Frage ergeben, wie sich der Staat gegenüber jenen Staatsbeamten, die zu Landräten oder zu Bürgermeistern gewählt worden sind, verhalten soll. Das Staatsministerium der Finanzen hat sich nach dem Grundsatz, daß niemand zwei Herren dienen kann, auf den Standpunkt gestellt, daß diese Beamten mit der Annahme der Wahl zum Landrat oder zum Bürgermeister aus dem Staatsbeamtenverhältnis ausscheiden. Diese Auffassung ist nicht unbestritten; es wird darauf hingewiesen, daß die Fälle, in denen ein Beamter auf Lebenszeit aus dem Beamtenverhältnis ausscheidet oder zu entlassen oder zu entfernen ist, in den Art. 82 bis 97 BGG. erschöpfend ausgeführt sind und daß in anderen Fällen der Beamte auf Lebenszeit nicht die Eigenschaft als Beamter auf Lebenszeit verlieren kann. Die Frage bildet gegenwärtig den Gegenstand eines Rechtsstreits vor dem Verwaltungsgerichtshof. Um klare Rechtsverhältnisse zu schaffen, wird vorgeschlagen, den Übertritt eines Beamten in den Dienst eines anderen Dienstherrn als weiteren Grund des Ausscheidens aus dem Beamtenverhältnis in das Gesetz aufzunehmen. Der Entwurf sieht dementsprechend vor, daß der Beamte mit der Begründung eines neuen hauptamtlichen Beamtenverhältnisses aus dem bisherigen Beamtenverhältnis ausscheidet.

Eine andere Lösung der strittigen Frage erscheint nicht denkbar. Es könnte an sich in Frage kommen, den Beamten, der in den Dienst eines anderen Dienstherrn übertritt, zu beurlauben. Diese Lösung ist nicht möglich, weil sich durch die Beurlaubung eines Beamten die Planstelle, die er innehat, nicht erledigt, vielmehr offen gehalten werden muß. Das Freihalten von Planstellen kann aber Verwaltungen, die nur über einen geringen Bestand von Planstellen des höheren Dienstes — um solche wird es sich regelmäßig handeln — verfügen, nicht

zugemutet werden können. Es erübrigt nur, Beamten, die in den Dienst eines anderen Dienstherrn übertreten, ein Rücktrittsrecht zuzugestehen. Das ist bisher geschehen und wird auch weiterhin geschehen.

Zu § 1 Ziffer 18 a

Die Bestimmung des Art. 88 Abs. 2 Satz 2 ist selbstverständlich und deshalb zu streichen.

Zu § 1 Ziffer 19

Gemäß Art. 63 Abs. (3) BGG. kann die Ernennungsbehörde einen Beamten auf Probe innerhalb der ersten sechs Monate der Probezeit jederzeit entlassen, wenn er offenbar unfähig und unwillig ist, seine Pflichten zu erfüllen. Da die Voraussetzungen „offensichtliche Unfähigkeit und Unwilligkeit“ gleichzeitig gegeben sein müssen, kann ein Beamter auf Probe, der offenbar unfähig, aber nicht unwillig ist, während der ersten sechs Monate der Probezeit praktisch nicht entlassen werden. Es bedarf keiner Begründung, daß diese Regelung auf die Dauer nicht möglich ist.

In der Praxis hat sich alsbald die Frage erhoben, unter welchen Voraussetzungen ein Beamter auf Probe, der während der ersten sechs Monate nicht entlassen worden ist, entlassen werden kann. Das Staatsministerium der Finanzen und ihm folgend das Landespersonalamt haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Beamte auf Probe dem Beamten auf Widerruf des BGG. vergleichbar sei, der jederzeit entlassen werden konnte. Demgegenüber haben sich einzelne Verwaltungsgerichte auf den Standpunkt gestellt, daß der Beamte auf Probe nach den ersten sechs Monaten überhaupt nicht mehr entlassen werden könne. Der Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 30. Juni 1949 Nr. 339 I dahingehend entschieden, daß der Beamte auf Probe grundsätzlich entlassen werden könne, aber nur dann, wenn die Probe einwandfrei ergeben habe, daß der Beamte im Probendienst die für eine Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit erforderliche Eignung (fachliche Eignung, Willigkeit und Verlässigkeit) nicht besitze und auch nicht mehr erwerben könne, somit eindeutig festgestellt sei, daß seine Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit überhaupt nicht mehr in Betracht komme.

Die Rechtslage ist damit zur Zeit höchst unerfreulich. Der Entwurf sieht, um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, vor, das Beamtenverhältnis auf Probe überhaupt zu beseitigen und durch das Beamtenverhältnis auf Widerruf zu ersetzen (§ 1 Ziffer 2 des Entwurfs) und die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Beamte auf Widerruf entlassen werden kann, in Anlehnung an die Grundsätze der §§ 61 und 62 BGG. 1937 zu regeln. Hiernach kann der Beamte auf Widerruf grundsätzlich jederzeit ohne Einhaltung einer Frist und aus irgendwelchen und nicht bloß aus wichtigen Gründen entlassen werden; nach Erreichung der Altersgrenze muß er entlassen werden, wenn er nicht gemäß Art. 93 Abs. 2 BGG. in den Ruhestand versetzt wird (zu vergl. § 1 Ziffer 21 Abs. 2). Selbstverständlich wird eine wohlwollende Verwaltung einen Beamten auf Widerruf, der sich gut führt und auch sonst seine Schuldigkeit getan hat, nicht ohne weiteres plöblich entlassen. Nur wenn es die Interessen der Verwaltung dringend erfordern, z. B. Dienstunfähigkeit oder mangelnde Eignung des Beamten vorliegt, wird die Behörde nach gründlicher

Aufklärung des Sachverhalts und Anhörung sein Dienstverhältnis durch Widerruf beenden. Um die Rechtsstellung des Beamten auf Widerruf zu verbessern, soll der Beamte auf Widerruf im Falle der Entlassung grundsätzlich ein Übergangsgeld erhalten.

Zu § 1 Ziffer 21

Die Bestimmung des Art. 93 Abs. 2 war in ihren Grundsätzen bereits in der Ersten Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen (IV. Teil Abschnitt II § 12) enthalten. Da diese Verordnung durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 10. Juni 1950 für nichtig erklärt worden ist, mußte sie neu geschaffen werden. Hierbei wurden einige Verbesserungen vorgenommen.

Grundsätzliche Bemerkungen zu § 1 Ziffern 22 bis 41.

Der vorzeitige Eintritt von Versorgungsfällen durch den Krieg und durch die Entwicklung nach dem Zusammenbruch haben zusammen mit der Erhöhung der Lebenserwartung zu einem derartigen Anwachsen der Versorgungslast geführt, daß Maßnahmen zu einer dauernden Senkung der Ausgaben für Versorgung unvermeidlich geworden sind, wenn nicht die Einrichtung der beamtenmäßigen Versorgung überhaupt in Frage gestellt werden soll.

Diese Maßnahmen haben zunächst in den beiden Verordnungen zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 17. August 1948 und 9. März 1949 ihren Niederschlag gefunden und sollen im Hinblick auf die durch Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs vom 10. Juni 1950 erfolgte Nichtigkeitsklärung der B.D. vom 17. August 1948 und die noch zu gewärtigende Nichtigkeitsklärung der B.D. vom 9. März 1949 nunmehr im Wege der ordentlichen Gesetzgebung im wesentlichen wiederhergestellt werden. Die leitenden Grundgedanken sind dabei folgende:

1. Die Erlangung eines Versorgungsanspruchs soll entgegen der bisherigen Regelung in dem Bayer. Beamtengesetz 1946, die die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit und damit die Begründung eines Anspruchs auf lebenslängliches Ruhegehalt schon nach 6 monatiger Dienstzeit als Beamter im Probendienst zuließ, von einer längeren Dienstzeit als Beamter abhängig gemacht werden. Diesem Zweck dienen die Vorschriften in Art. 1 Ziffern 5 und 28 des Entwurfs, die eine Annäherung an das Recht des BGG. 1908 und des BGG. herbeiführen sollen. Nach dem BGG. 1908 konnte die Unwiderruflichkeit des Beamtenverhältnisses und der mit ihr verbundene Anspruch auf Versorgung in der Mehrzahl der Fälle erst nach 10jähriger planmäßiger Dienstzeit erlangt werden. § 28 BGG. forderte die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit, sofern der Beamte nicht die langjährige regelmäßige Beamtenausbildung hinter sich hatte, eine mindestens 5jährige Dienstzeit als Beamter auf Widerruf.

2. Herabsetzung des Höchststundentages für Ruhegehalt und Wartegeld von 80 auf 75 v. H. und Neugestaltung der Ruhegehaltstabelle unter dem Gesichtspunkt, die Erreichung des Höchststundentages zu verlangsamen. Die neue Pensionsstala zusammen mit einer vom vollendeten 21. Lebensjahr beginnenden Dienstzeit-

berechnung (§ 1 Ziffern 23, 25, 29) baut zu diesem Zweck auf der bis zum Inkrafttreten des DVG. geltenden Regelung auf. Sie deckt sich zugleich mit der Regelung in dem Entwurf eines Bundesgesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des GG. fallenden Personen, die später in das kommende Bundesbeamtengesetz übernommen werden soll.

3. Einschränkung der Anrechnung von ruhegehaltfähigen Dienstzeiten, die Anrechnung von außerhalb des Beamtenverhältnisses zurückgelegten Vordienstzeiten soll ein bestimmtes Verhältnis zu den Beamtendienstzeiten nicht übersteigen. Daneben soll bei Beamten, die durch ihr vorgeschrittenes Lebensalter bei der Übernahme ein hohes Pensionsrisiko darstellen auch die Anrechnung früherer Beamtendienstzeiten auf ein bestimmtes Verhältnis zu der Dienstzeit im neuen Beamtenverhältnis begrenzt sein (§ 1 Ziffer 26).

Im einzelnen ist zu den versorgungsrechtlichen Vorschriften des Entwurfs noch zu bemerken:

Zu § 1 Ziffer 21

Die Begrenzung der Zeitdauer des Beamtenverhältnisses auf Zeit auf kurze Zeitabschnitte (4 Jahre bei Landräten und Bürgermeistern, 3 Jahre bei Arbeitsrichtern) läßt die uneingeschränkte Beibehaltung der aus dem DVG. übernommenen Bestimmung, daß der Beamte auf Zeit bei dauernder Dienstunfähigkeit unter Gewährung lebenslänglichen Ruhegehalts in den Ruhestand zu versetzen ist, nicht mehr zu. Die Versorgung der Beamten auf Zeit bedarf einer den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßten besonderen gesetzlichen Regelung.

Die Versorgungsregelung für die Beamten auf Widerruf ergibt sich aus der Wiedereinführung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf.

Zu § 1 Ziffern 23, 25

Die Neuregelung der Anrechnung der bei nicht-bayerischen Dienstherren des öffentlichen Rechts verbrachten Vordienstzeiten ergibt sich aus der nach dem Zusammenbruch eingetretenen staatsrechtlichen Entwicklung und dem damit zusammenhängenden Wegfall des einseitlichen Beamtenverhältnisses des Deutschen Beamtengesetzes. Der Entwurf geht insoweit auf die Rechtslage vor dem Inkrafttreten des DVG. zurück.

Zu § 1 Ziffer 24

Das DVG. 1946 hatte im Hinblick auf das RG. Nr. 34 jede Anrechnung von Militärdienstzeiten auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit ausgeschlossen. Mit Rücksicht auf die durch das Gesetz Nr. 16 der Alliierten Höhen Kommission erfolgte Aufhebung des RG. Nr. 34 wie auch im Hinblick auf die Zurückverlegung des Beginns der ruhegehaltfähigen Dienstzeit auf das vollendete 21. Lebensjahr läßt sich die völlige Nichtberücksichtigung von Militärdienstzeiten nicht mehr aufrecht erhalten. Der Entwurf sieht eine gegenüber den §§ 82, 83 DVG. eingeschränkte Anrechnung von Militärdienstzeiten vor. Angerechnet sollen nur mehr solche Militärdienstzeiten werden, die in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Beamtenverhältnis stehen, sei es daß durch sie ein Recht auf Unterbringung im öffentlichen Dienst begründet wurde (Militärdienstbeschädigte —

Beamtenschein — und Versorgungsscheininhaber, Militäranwärter), oder daß ein im Krieg abgeleiteter Wehrdienst oder Kriegsgefangenschaft die Begründung des Beamtenverhältnisses verzögert haben.

Zu § 1 Ziffer 30

Die Vorschrift hängt mit der Wiedereinführung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf zusammen.

Zu § 1 Ziffer 31

Zur Vermeidung von Härten soll in den Fällen, in denen auf Grund des Art. 104 Abs. 3 DVG. i. d. F. des § 1 Ziffer 28 ein Anspruch auf Ruhegehalt nicht gegeben ist, Hinterbliebenenversorgung als Kannbewilligung gegeben werden können.

Zu § 1 Ziffer 32

Die Einführung eines Höchstwitwengeldes entspricht der ursprünglichen Fassung des § 98 DVG.

Zu § 1 Ziffer 33

Die Vorschrift führt für die mehr als 15 Jahre jüngeren Beamtenwitwen die in den früheren Beamtenrechten enthaltene Kürzung des Witwengeldes wieder ein, die durch das DVG. aus Rücksichten einer nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik beseitigt war. Die Ausgestaltung der Kürzung entspricht der Regelung in dem Entwurf eines Bundesgesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG. fallenden Personen.

Zu § 1 Ziffer 34

Die Gemeinden sind nach der Währungsumstellung unter Druck der Finanzlage vielfach dazu übergegangen, Kannbewilligungen grundsätzlich zu verweigern. Die Ergänzung des Art. 118 will demgegenüber die Möglichkeit geben, erforderlichenfalls die Mittel für die Gewährung eines Unterhaltsbeitrags an die schuldlos geschiedene Frau durch eine Kürzung des Witwengeldes freizumachen. Von dieser Möglichkeit wird nur dann Gebrauch zu machen sein, wenn die Witwe an der Scheidung der früheren Ehe Schuld trägt.

Zu § 1 Ziffer 37

Die Änderung des Art. 127 Abs. 1 wird durch die Wiedereinführung des Beamten auf Widerruf bedingt. Abs. 2 erfüllt einen von dem Landtag geäußerten Wunsch.

Zu § 1 Ziffer 39

Die Änderung dient der Angleichung an die Regelung in § 22 des Entwurfs.

Zu § 1 Ziffer 40

Die Änderung dient der Angleichung an § 133 DVG.

Zu § 1 Ziffer 42

Die Vorschrift schließt die in einer Reihe von versorgungsrechtlichen Bestimmungen vorgesehene Mit-

wirkung des Staatsministeriums der Finanzen für die Versorgungsfälle aus, die nicht die bayerische Staatskasse belasten.

Zu § 2

§ 2 enthält Übergangsvorschriften, die durch die Einführung des Anwärterverhältnisses und die Umwandlung des Probebeamtenverhältnisses in das Beamtenverhältnis auf Widerruf notwendig geworden sind. Gemäß Abs. 1 werden Beamte auf Probe — im bisherigen Sinne —, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes den Vorbereitungsdienst ableisten, Beamtenanwärter, Beamte auf Probe, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes die Anstellungsprüfung abgelegt haben, grundsätzlich Beamte auf Widerruf.

In den Jahren 1945, 1946 und 1947 ist eine Reihe von Beamten, die an sich vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus betroffen sind, in ihren Dienststellen belassen worden. Gemäß Art. 162 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 finden die Absätze 1 und 2 des Art. 162, die Übergangsvorschriften enthalten, auf diese Beamten keine Anwendung. Es ergibt sich der unmögliche Zustand, daß zwar Beamte, die entfernt worden sind, in der Zwischenzeit zum größten Teil wieder in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen worden sind, daß aber die Rechtsverhältnisse der vom Befreiungsgesetz betroffenen, aber nicht entfernten Beamten bis jetzt ungeklärt sind. Die Bestimmung des § 2 Abs. 3 will die erforderliche Klärung herbeiführen.

Zu § 3

Seit 1945 sind nach den gemachten Erfahrungen vielfach Ernennungsurkunden ausgehändigt worden, die den formstrengen Vorschriften der §§ 27 und 28 BBG. und der Art. 9 und 11 BBG. nicht entsprechen. Die Übergangsvorschrift des § 3 will solchen fehlerhaften Ernennungen Rechtswirksamkeit verleihen, wenn aus dem Inhalt der Urkunde klar und eindeutig ersichtlich ist, daß die Schaffung eines Beamtenverhältnisses oder die Schaffung eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit tatsächlich beabsichtigt war.

Zu § 4

Von den versorgungsrechtlichen Vorschriften sollen zur Vermeidung von Härten der neue Art. 100 Abs. 1 Satz 2 und Art. 127 Abs. 2 mit Wirkung vom Inkrafttreten des BBG. in Kraft gesetzt werden. Das gleiche soll für die Vorschrift des Art. 172a BBG. gelten, da die bislang vorgeschriebene Mitwirkung des Staatsministeriums der Finanzen in den dort bezeichneten Fällen in der Vergangenheit vielfach unterblieben ist.

Anderer Vorschriften, die Einsparungsmaßnahmen der Währungssicherungsverordnungen erneuern, sollen mit Wirkung vom Inkrafttreten dieser beiden Verordnungen (1. September 1948 bzw. 1. April 1949) in Kraft treten.

Abs. 2 entspricht den Überleitungsgrundsätzen des § 184 BBG.

Begründung zu Teil 2

Zu §§ 5 und 6

Die beiden Bestimmungen decken sich mit §§ 3 und 4 der für ungültig erklärten Ersten Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 17. August 1948 (GWB. S. 161) und dienen daher als Rechtsgrundlage für die seit 1. September 1948 getroffenen Regelungen. Mit Rücksicht auf die staatliche Finanzlage kann auch für die Zukunft auf diese Regelungen nicht verzichtet werden.

Die hinsichtlich des Wohnungsgeldzuschusses der Beamten getroffenen Sparmaßnahmen wurden auf Grund des geltenden Tarifrechts (§ 6 Abs. 6 T.D. A) auch auf die Angestellten angewendet. Die Rechtsgültigkeit dieser Maßnahme war jedoch umstritten. Um die Unklarheit in der Rechtslage zu beseitigen und zugleich ein unerwünschtes Auseinanderklaffen hinsichtlich des Wohnungsgeldzuschusses für die Beamten und Angestellten geltenden Regelungen zu verhindern, sollen die Bestimmungen der §§ 5 und 6 einheitlich für beide Gruppen von im öffentlichen Dienst Beschäftigten gelten.

Zu § 7

Nach der im Jahre 1945 ergangenen W.D. der Militärregierung Tit. 16 — 241.1 durften Gehälter an Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst nur für die Zeit gewährt werden, während der diese Personen auf Grund des Befehls der Militärregierung oder aus einem anderen Grunde beschäftigt waren. Diese W.D. wurde mit Schreiben des Amtes des amerikanischen Hohen Kommissars für Deutschland, Amt des Landeskommissars für Bayern, Amt für Wirtschaftsangelegenheiten, vom 9. November 1949 mit Wirkung vom 1. November 1949 aufgehoben. Mit Schreiben des gleichen Amtes vom 23. Juni 1950 wurde mitgeteilt, daß die Aufhebung der genannten W.D. rückwirkend ab 8. Mai 1945 in Kraft tritt. Durch die Bestimmung in § 7 dieses Gesetzes soll verhindert werden, daß für eine vor dem 1. November 1949 liegende Zeit der Nichtbeschäftigung Ansprüche auf Nachzahlung von Dienstbezügen geltend gemacht werden können. Diese Regelung steht mit der für die kriegsgefangenen Beamten, Angestellten und Arbeiter (§ 7 des Gesetzes vom 27. Juli 1950, GWB. S. 109) getroffenen Regelung in Einklang.

Zu § 8

Diese Bestimmung entspricht dem ersten Halbsatz des § 5 Abs. 4 der Ersten Verordnung. Die Kassenlage kann es erforderlich machen, die monatliche Vorauszahlung der Dienstbezüge durch mehrere Auszahlungen für kürzere Zeiträume zu ersetzen.

Der zweite Teil des Gesetzesentwurfs erneuert weitere in den beiden Währungssicherungsverordnungen getroffene Einsparungsmaßnahmen.

Zu § 9

§ 9 führt für die Versorgungsbezüge die 60/oige Erste Gehaltskürzung wieder ein, die auf Grund besonderer Ermächtigung durch einen Geheimerlaß des Reichsministers der Finanzen vom 13. Dezember 1940 für die Versorgungsbezüge — nicht dagegen für die Be-

züge der aktiven Beamten und Angestellten — in der Erwartung beseitigt worden war, daß es in absehbarer Zeit möglich sein werde, die Kürzung auch für die Aktivitätsbezüge wegfällen zu lassen. Die Wiedereinführung der 6/oigen Gehaltskürzung ist jedoch im Hinblick auf die zwischenzeitlich erfolgte allgemeine Aufhebung der Kürzung durch das Gesetz vom 28. September 1949 (GWB. S. 260) auf die Zeit bis Ablauf September 1949 zu beschränken.

Zu § 12

§ 12 erstreckt eine Reihe der im ersten Teil getroffenen Sparmaßnahmen auch auf die auf früherem Recht beruhenden Versorgungsansprüche.

Zu § 13

Die Vorschrift des § 13 hat Bedeutung für Versorgungsbezüge früherer Reichsbeamter, die im Zeitpunkt der Kapitulation auf Pensionsklassen des Reichs zur Zahlung angewiesen waren, die nach der Kapitulation vom bayerischen Staat übernommen wurden. Diese Bezüge sollen nur bis zum Höchstbetrag des Ruhegehalts der höchsten bayerischen Besoldungsgruppe gewährt werden.

Zu § 14

Die Vorschrift des § 98a DBG. über die Gewährung von Witwenabfindung und des § 27a EWFBG. über die Gewährung von Unfallversorgung bei Dienstunfähigkeit oder Tod eines Beamten infolge einer im Wehrmachteinatz erlittenen, als Unfall anerkannten Verwundung oder Verletzung sind durch Art. 174 des BGB. von 1946 mit Wirkung vom 7. November 1946 aufgehoben worden.

Sie wirken aber noch für solche Versorgungsfälle weiter, die bereits vor dem Inkrafttreten des BGB. eingetreten waren (Art. 165 Abs. 1 BGB., §§ 3, 4 der W. Nr. 133). § 14 hebt diese Nachwirkung des § 98a DBG. und des § 27a EWFBG. auf. Die Aufhebung der Nachwirkung des § 27a EWFBG. ist vor allem deshalb geboten, weil sie für einen kleinen Kreis der Kriegsoffer eine Vorzugsbehandlung darstellt, die gegenüber den anderen Kriegsoffern, die nur nach dem Ab.-Leistungs-gesetz versorgt wurden, nicht vertretbar ist. Die Beseitigung der Nachwirkung war deshalb auch von dem Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge gefordert.

Zu § 15

Durch § 15 werden Beförderungen nach dem Tode, die während des Krieges als eine auf die Stärkung des Kriegswillens gerichtete Ausnahmemaßnahme eingeführt worden waren, der versorgungswirtschaftlichen Wirkung entkleidet.

Nach § 80 Abs. 2 und § 88 Abs. 2 DBG. konnte ein Beamter Ruhegehalt aus einer Beförderungsstelle, die er nicht ein Jahr innegehabt hatte, nicht erhalten. Diese Vorschriften waren während des Krieges durch die Ausnahmebestimmung in § 4 Abs. 3 der Zweiten W. über Maßnahmen auf dem Gebiete des Beamtenrechts vorübergehend außer Kraft gesetzt worden. § 16 stellt den Zustand wieder her, wie er ohne die kriegsbedingte Ausnahmeregelung bestehen würde.

Während des Krieges war durch einen Geheim-erlaß Hitlers die nachträgliche Eheschließung von im Wehrdienst gestorbenen oder gefallenem Personen zugelassen worden. § 17 entkleidet diese der natürlichen Auffassung widersprechenden Eheschließungen der versorgungswirtschaftlichen Wirkung.

Zu § 18

§ 18 enthält Sondervorschriften zur Beschränkung der Versorgungsbezüge von Polizeioffizieren, für die sich im Laufe des Krieges ähnliche ungesunde Beförderungsverhältnisse wie bei der Wehrmacht herausgebildet hatten.

Zu § 19

Die Vorschrift des § 19 stützt sich auf die Tatsache, daß die Kassenbestände der öffentlichen Hand, aus denen die wegen einer politischen Belastung entfernten Versorgungsbezüge hätten gezahlt werden können, durch die Währungsstellung verlorengegangen sind.

Die §§ 22 bis 31 sehen nach dem Vorbild der W. des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 (RGBl. I S. 537) die Anrechnung von Einkünften vor, die Ruhegehalttempfänger als Gewinn aus selbständiger Erwerbs- und Berufstätigkeit oder aus nichtselbständiger Arbeit (§ 2 Abs. 3 Ziffern 1 bis 4 des EStG.) beziehen. Die Regelung ist gegenüber früher durch Herabsetzung der Freigrenze verschärft. Außerdem enthält § 25 eine Sondervorschrift für noch nicht 65 Jahre alte Ruhestandsbeamte, um dem in der letzten Zeit sich häufenden Bestreben nach vorzeitiger Ruhestandsversetzung entgegenzuwirken.